

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

13. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

27. Juli 2010

Stadtparteitag Einberufungsbeschluss

Der Stadtvorstand DIE LINKE Halle beruft für Samstag, den 25. September 2010 den Stadtparteitag sowie die Delegiertenversammlung zur Wahl der VertreterInnen für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahlen zum Landtag Sachsen-Anhalt ein.

Den Delegierten und VertreterInnen wird folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Wahl der Vertreterinnen und Vertreter des Stadtverbandes zur Landesvertreterversammlung
2. Wahl der Ersatzvertreter für den Landesausschusses.

Den endgültigen Vorschlag der Tagesordnung beschließt der Stadtvorstand auf seiner Sitzung am 14. August 2010.

Die Basisorganisationen werden gebeten, nach Veröffentlichung dieses Beschlusses bis 03. September 2010 Vertreterinnen und Vertreter entsprechend nachfolgendem Schlüssel zu wählen.

1. Jede Basisorganisation erhält 2 Grundmandate.
2. Basisorganisationen mit mehr als 20 Mitgliedern erhalten Zusatzmandate nach folgendem Schlüssel:
 - 21-30 Mitglieder - 2 Zusatzmandate
 - 31-40 Mitglieder - 4 Zusatzmandate
 - 41-50 Mitglieder - 6 Zusatzmandate
 - 51-60 Mitglieder - 8 Zusatzmandate
 - 61-70 Mitglieder - 10 Zusatzmandate
 - 71-80 Mitglieder - 12 Zusatzmandate
3. Die im Stadtverband organisierten Arbeitsgemeinschaften sowie die SDS-Hochschulgruppe erhalten jeweils 2 Grundmandate, diese gelten nicht für die Vertreterversammlung.

Über die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter ist ein Wahlprotokoll zu fertigen, dieses ist bis 03. September 2010, 19:00 Uhr, beim Stadtvorstand einzureichen.

Wahlprotokollen, die nach diesem Termin eingehen, ist eine Erklärung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter beizufügen, dass ihnen bekannt ist, dass auf dem Stadtparteitag Wahlen stattfinden und sie auf die Einladungsfrist nach § 3 (2) der Wahlordnung verzichten.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Einladung, die Wahlberechtigung und die Wahlhandlung die gesetzlichen Bestimmungen sowie die Satzung und Wahlordnung sorgfältig zu beachten sind. Bei der Wahl der Delegierten für die VertreterInnenversammlung ist zu beachten, dass die gewählten Delegierten das aktive Wahlrecht zur Europa- und Bundestagswahl besitzen müssen.

Vorbereitung Landtagswahl 2011 im Stadtverband

(sk) Die Vorbereitung der im März 2011 stattfindenden Landtagswahlen erfordert neben dem im Oktober vom Landesparteitag zu beschließendem Landtagswahlprogramm auch die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten. Der 1. Entwurf des Landtagswahlprogrammes liegt vor, er soll in den Basisorganisationen diskutiert werden und Änderungsvorschläge bzw. Änderungsanträge können über den Stadtvorstand an die beim Landesvorstand gebildete Arbeitsgruppe eingereicht werden.

Für die Kandidatenaufstellung ist zu beachten, dass zum Einen die mit der Zweitstimme zu wählende Landesliste durch eine Landesvertreterversammlung im November aufgestellt wird, zum Anderen die mit der Erststimme zu wählenden Kandidatinnen direkt im Wahlkreis aufgestellt werden sollen.

Für die Landesliste soll gemäß Landesparteitagsbeschluss der Landesvorstand gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden einen regional und fachlich ausgewogenen Vorschlag erarbeiten. Für den Stadtverband Halle wird der Stadtvorstand in seiner Klausurberatung am 14.08.2010 einen 2 Personen umfassenden quotierten Vorschlag erarbeiten und beim Landesvorstand einreichen. Für diesen Listenvorschlag haben sich bisher beworben: Uwe Heft (Verkehrspolitik), Hendrik Lange (Hochschulpolitik) und Henriette Quade (Innenpolitik). Bis zum 13.08.2010 besteht die Möglichkeit für weitere Bewerbungen.

Die Aufstellung der Wahlkreisbewerber für die 4 halleschen Wahlkreise soll durch Mitgliederversammlungen im September erfolgen, vorgesehen sind folgende Versammlungstermine:

- 01.09.2010, Wahlkreis 38, voraussichtlich Händel-Halle
- 08.09.2010, Wahlkreis 36, Kulturtreff Halle-Neustadt
- 15.09.2010, Wahlkreis 39, voraussichtlich Aula im Hort Wiener Straße
- 22.09.2010, Wahlkreis 37, Künstlerhaus 188

Die Versammlungen beginnen jeweils 17:30 Uhr und dauern voraussichtlich bis zu 2 Stunden. Die Vorbereitung der Versammlungen erfolgt auf der Klausurberatung des Stadtvorstandes am 14.08.2010. Jedes Mitglied unserer Partei wird durch den Stadtvorstand zu der Versammlung seines Wahlkreises eingeladen, maßgebend dabei ist der Wohnsitz. Die Wahlkreisaufteilung nach Stadtteilen ist aus nebenstehender Übersicht zu entnehmen, eine Straßengenaue Aufteilung kann im Stadtvorstand eingesehen werden.

Folgende Bewerberinnen und Bewerber haben ihre Kandidatur bisher beim Stadtvorstand angezeigt:

- Wahlkreis 36 - Dr. Uwe-Volkmar Köck
- Wahlkreis 37 - Hendrik Lange
- Wahlkreis 38 - Swen Knöchel, Rudenz Schramm (parteilos), Henriette Quade
- Wahlkreis 39 - Uwe Heft (parteilos), Marion Krischok.

Linke Bildungspolitik

Zum Thema

„Ziele und Wege linker Bildungspolitik“

wird Prof. Dr. Siegfried Kiel

bei der nächsten Zusammenkunft des

Basisverbandes Halle-Nord der Partei DIE LINKE

am Dienstag, dem 10. August 2010, 16.30 Uhr,

in der Blumenstraße 16 sprechen.

Alle interessierten GenossInnen und SympathisantInnen sind herzlich zu dieser öffentlichen Versammlung eingeladen

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

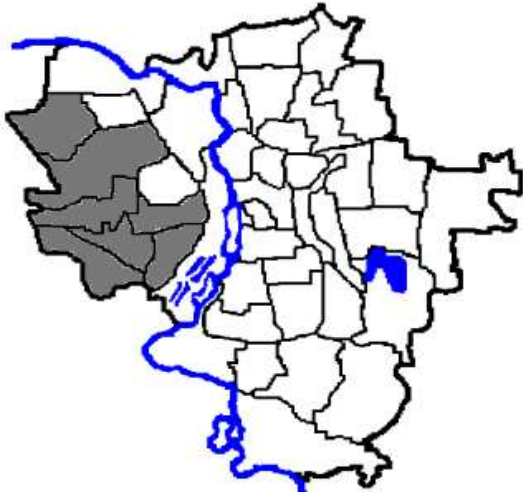
Endredaktion dieser Ausgabe:

22.07.2010

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 19.08.2010

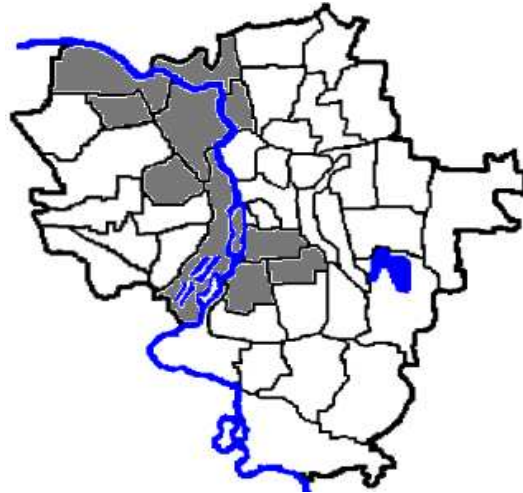
Wahlkreis 36 - Halle I



Stadtteile:

Dölau, Dölauer Heide, Gewerbegebiet Neustadt, Nietleben, Nördliche Neustadt, Südliche Neustadt, Westliche Neustadt

Wahlkreis 37 - Halle II



Stadtteile:

Heide-Nord/Blumenau, Gesundbrunnen, Heide-Süd, Industriegebiet Nord, Kröllwitz, Lutherplatz/Thüringer Bahnhof, Ortslage Lettin, Ortslage Trotha, Saaleaue, Südliche Innenstadt

Wahlkreis 38 - Halle III



Stadtteile:

Altstadt, Am Wasserturm/Thaerviertel, Büschdorf, Dautsch, Diemitz, Freimfelde/Kanenaer Weg, Frohe Zukunft, Gottfried-Keller-Siedlung, Gebiet der DR, Giebichenstein, Kanena/Bruckdorf, Landrain, Mötzlich, Nördliche Innenstadt, Paulusviertel, Reideburg, Seeben, Tornau

Wahlkreis 39 - Halle IV



Stadtteile:

Böllberg/Wörmlitz, Damaschkestraße, Dieselstraße, Ortslage Ammendorf/Beesen, Planena, Radewell/Osendorf, Silberhöhe, Südstadt

Nachlese

Aus der Stadtratssitzung am 23. Juli 2010

Eine lange Tagesordnung musste „abgearbeitet“ werden und 20:30 Uhr spielte Deutschland im Rahmen der WM!

Es wurde geschafft, was fast aussichtslos schien: Der Stadtrat beendete seine Sitzung vor der Sommerpause pünktlich und die Fußballfans schafften es bis zum Spiel! Über einen Dringlichkeitsantrag wurde am Anfang der Sitzung abgestimmt. Auch mit unseren Stimmen wurde der „Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2010 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 21. Juni 2010...“ auf die Tagesordnung genommen und auch zugestimmt. Inhalt dieses Beschlusses ist, dass einer Kreditaufnahme von „nur noch“ 4,7 Mio. Euro, anstatt der geplanten 7,4 Mio. Euro zugestimmt wurde. Damit haben wir einer Anordnung des Landesverwaltungsamtes zugestimmt. Das damit fehlende Geld soll bei Konjunkturprojekten durch z. B. einfachere Bauausführungen wiedereingespart werden. Zurückgezogen wurden u. a. die Vorlagen zur Fortschreibung des Haushalteskonsolidierungskonzeptes (es muss noch in den Ausschüssen weiter beraten werden) und die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale).

Ohne größere Diskussionen pasierten die Vorlagen „Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der HWG“, die „Überörtliche Prüfung

der Stadt Halle mit dem Schwerpunkt Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit“, die „Änderung der Satzung der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii...“ und verschiedene Bebauungspläne wie z. B. für ein Wohngebiet in Dölau oder am Sophienhafen den Rat.

Nicht ganz so eindeutig waren die Abstimmungen zur Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes zum Schwerpunkt „Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten“. Die Stadt Halle - die Verwaltung - stellte sich hinter das Projekt und verteidigte es als bundesweites Modellprojekt. Im Rechnungshofsbericht wurde aufgezeigt, dass die PPP-Modelle im Endeffekt aber für die Verwaltung teurer werden.

In unserer Fraktion gab es keine einheitliche Meinung. Gegenstimmen und Enthaltungen hatten bei uns den Vorrang. Zugestimmt haben wir als Fraktion der „papierlosen Ratsarbeit“. Mit diesem Modellprojekt sollen Papier und damit auch Finanzen eingespart werden. Ein Teil unserer Stadträte will sich diesem Modellprojekt anschließen. Die dafür notwendigen Laptops sollen die Stadträte übrigens leihweise erhalten, nicht geschenkt bekommen!

Kein zustimmendes Votum gab unsere Fraktion für den Umsetzungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft. Positiv zu vermerken ist, dass der Verein nun auch Frauen

als Mitglieder zulässt, deshalb musste ein entsprechender Antrag nicht mehr verabschiedet werden. Wir haben als Fraktion im Vorfeld dieser Entscheidung viele Recherchen aufgestellt, Nachfragen gestellt u. a. m. Am Ende aber sehen wir in der Übertragung - vor allem auch in der Finanzierung - erhebliche Risiken. Uns ist das „Saline-Museum“ zu wichtig, als das wir es ggf. der Gefahr der Insolvenz oder ähnlichem ausliefern wollten.

Auch mit unseren Stimmen wurde der Antrag der Bestellung eines/er Seniorenbeauftragten/er angenommen. Unser Antrag zur Verbesserung der Breitbandversorgung wurde in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Im nicht öffentlichen Teil wurde u. a. per Beschluss angenommen, ein Grundstück für ein neues Hortgebäude an der Kröllwitzer Petruskirche an die SKV-Kita-GmbH zu vergeben. In der Bürgersprechstunde und auch nach dem Stadtrat gab es dazu einige Proteste, weil ein kleiner Park dem Neubau weichen müsste. Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Bauen und Planen, verteidigte den Bau und verwies auf die Tatsache, dass Pläne aus dem Jahr 1904 belegen, dass die jetzige Grünfläche schon damals Bauland war!

Rechtzeitig zum Fußballspiel wurde der Stadtrat durch den Vorsitzenden des Stadtrates in die Sommerpause verabschiedet!

Ute Haupt

Bundesweiter Aufruf

Bespitzelung der Partei DIE LINKE durch den „Verfassungsschutz“ unverzüglich beenden!

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, hat angekündigt, seine Behörde werde die Partei DIE LINKE auch weiterhin überwachen. Es dürfte kaum ein Zufall sein, dass Geheimdienstchef Fromm diese Drohung unmittelbar nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, bei der die dortige Koalition aus CDU und FDP abgewählt wurde und der Partei DIE LINKE der Einzug in das Parlament des flächengrößten deutschen Bundeslandes gelang, ausgesprochen hat. Gegen DIE LINKE, eine demokratische Partei, die mittlerweile 6.000 kommunale Mandatsträger in Stadträte und Kreistage entsendet, die mit Fraktionen in 13 Landtagen, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament vertreten ist und sich an zwei Landesregierungen beteiligt,

finden CDU und FDP ganz offensichtlich keine Mittel im fairen politischen Wettstreit. Stattdessen setzen diese Parteien darauf, mit Hilfe von Methoden, die im Kalten Krieg entstanden sind, Verunsicherung zu schüren. Mitglieder der Partei DIE LINKE müssen deshalb auch weiterhin damit rechnen, Opfer willkürlicher Bespitzelung zu werden und durch permanente Erwähnung in Verfassungsschutzberichten Herabsetzungen ausgesetzt zu sein. Das ist undemokratisch und verfassungswidrig. Der Verfassungsschutz, der deutsche Inlandsgeheimdienst, der dem Bundesinnenministerium untersteht, macht sich mit seiner Bespitzelungspraxis zum Handlanger von Parteiinteressen. Das widerspricht dem Grundgesetz. Das Bundesamt vergeht sich also an der Verfassung, die es eigentlich zu schützen hat.

Direkte Verantwortung dafür tragen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Innenminister Thomas De Maizière (beide CDU). Wir fordern beide auf, die Bespitzelung der Partei DIE LINKE unverzüglich zu beenden. Unabhängig von der zu erwartenden Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Verfahren Bodo Ramelow gegen die Bundesrepublik Deutschland (wegen der Überwachung durch den Verfassungsschutz) muss die Bundesregierung im Umgang mit der LINKEN endlich für demokratische Normalität sorgen.

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner:

1. Daniela Dahn
2. Jürgen Roth
3. Peter Sodann
4. Konstantin Wecker

Verfassungsschutz-Beobachtung der LINKEN sofort stoppen

„Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Fall Ramelow ist völlig inakzeptabel. Die Beobachtung der Partei DIE LINKE durch den Verfassungsschutz muss unverzüglich gestoppt werden. Die politische Auseinandersetzung sollte auch von den anderen Parteien ausschließlich mit demokratischen Mitteln geführt werden. DIE LINKE wird weiter gegen die Überwachung durch den Geheimdienst kämpfen“, kommentieren Jan Korte, Mitglied im Vorstand, und Jens Petermann, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der gestrigen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zur Beobachtung der Partei DIE LINKE durch den Verfassungsschutz. Korte weiter:

„Der Kalte Krieg ist vorbei! Leider haben die Richter in Leipzig das offenbar noch nicht bemerkt. Das einzige Gute an ihrem Urteil ist, dass sich dadurch die Möglichkeit für den Gang nach Karlsruhe eröffnet. Eine demokratische Partei mit 80.000 Mitgliedern und mehr als 5 Millionen Wählerinnen und Wählern unter einen unhaltbaren Generalverdacht zu stellen und die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz zuzulassen, ist ein unglaublicher Vorgang. Nun muss das Bundesverfassungsgericht Klarheit schaffen.“

Petermann ergänzt: „Dass das Bundesverwaltungsgericht die Beobachtung durch den Verfassungsschutz für verhältnismäßig erachtet, ist verhältnismäßig skandalös. Die daraus folgende Stigmatisierung und Diskriminierung stellt eine ernsthafte Bedrohung unserer Demokratie und der Freiheit der Abgeordneten dar. Sämtliche Verfassungsschutzämter, die die Partei überwachen, unterstehen CDU-Innenministern. Hier wird ganz offensichtlich der politische Gegner mit Hilfe des Geheimdienstes bekämpft. Dies ist mit unserer Verfassung überhaupt nicht vereinbar. Die Union sollte endlich die Schützengräben des Kalten Krieges verlassen und sich inhaltlich mit der LINKEN auseinandersetzen.“

Im September 1945 begann die Bodenreform

Am 03. September 1945 begann mit der „Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen“, ein gewaltiger Umbruch der Eigentums- und Lebensverhältnisse in den Dörfern des Ostens.

Heute schreiben manche Kommentatoren, daß die Bodenreform in Sachsen begann. Das ist falsch. Sie übersehen einfach, dass damals die Provinz Sachsen ein eigenständiges Land war und eben das Präsidium dieses Landes o. g. Beschluss fasste. Übrigens einstimmig. Innerhalb von 10 Tagen verkündeten auch die weiteren Landesregierungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ähnliche Verordnungen. Unter den Losungen „Junkerland in Bauernhand“ und „Das Land gehört den Bauern“ entwickelte sich im ganzen Land eine breite gesellschaftliche Bewegung mit der Forderung nach Bodenreform. Kein Zweifel:

Die Kampagne wurde zentral gesteuert und von der SMAD mindestens gebilligt.

Die Verordnungen bestimmten die entschädigungslose Enteignung der Grundbesitzer mit über 100 ha Land und die Verteilung von Land und Wald, von Haus und Hof, von Vieh und Inventar an landarme Bauern, Arbeiter mit Zweitwirtschaft, Landarbeiter, Umsiedler, Kriegerwitwen und andere. Das Eigentum der Kirche blieb unangetastet. Da bei den Betroffenen auch die Ländereien unter 100 ha und Wohnhäuser enteignet wurden, war diese Konsequenz in Teilen der Liberaldemokratischen Partei (LDP) und der Christlich-demokratischen Union (CDU) umstritten. Deren Parteiführungen hatten jedoch den Verordnungen zugestimmt. Herzöge, Fürsten und Grafen, die Herrschaften von und zu und Grossbauern wurden enteignet. Vorbei war es mit der Feudalherrschaft! Die so-

zialen Verhältnisse in den Dörfern änderten sich. Über die Zonengrenze abgehauene Feudalherren und Agrarier verbreiteten die Auffassung, auch heute noch von manchen Politikern und Journalisten behauptet, sie seien „von den Russen enteignet“ worden. Das ist eine bewusste Falschaussage. Die Enteignung war ein Bestandteil der Bodenreform, von deutschen Behörden beschlossen, von der Dorfbevölkerung unterstützt, von örtlichen Bodenkommissionen verwirklicht. Die Sowjetarmee brauchte nur in Ausnahmefällen, z.B. bei bewaffnetem Widerstand eingreifen. Die Meinungsmache wird betrieben, um das Ansehen der „Russens“ zu schädigen und um nicht erklären zu müssen, wieso die Bodenreform solchen Anklang fand.

Der enteignete Boden kam zunächst in einen „Bodenfonds“. Die örtlichen Bodenkommissionen, keine Fremden aus der Stadt, übergaben Landanteile, Vieh und Inventar direkt an die neuen Besitzer, meist mit Handschlag. Die Begünstigten erhielten „Vorläufige Urkunden“ über die Zuteilung und das Nutzungsrecht. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde eine Urkunde über das Eigentum mit den Unterschriften des Präsidenten der Provinz und des Landrates nachgereicht. Überall in der Ostzone entstand eine neue soziale Gruppe im Dorf: die Neubauern, heute geschätzte Mitbürger/innen. Der Wert der Bodenreform für die Nachkriegsemährung und für das Sesshaftwerden vieler Umsiedler/Flüchtlinge/Vertriebene ist nicht zu unterschätzen. Diese Vorgehensweise nahmen Geg-

ner der Bodenreform zum Anlass, um zu behaupten, mit der Bodenreform sei „kein echtes Privateigentum“ geschaffen, sondern nur Nutzungsrecht. Sie folgern: 'Kein echtes Eigentum - keine Vererbbarkeit an Kinder - die Enkel seien demnach keine rechtmässigen Besitzer - das Land, die Schlösser usw. sollen den Kindern der Enteigneten oder jetzigen Ländern gehören. Unter der Bezeichnung „Wiedergutmachung“ begann eine Welle der Enteignung der Erben der Bodenreform und des Schönredens des privaten Grossgrundbesitzes. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat 2004 diese Enteignungen als Menschenrechtsverletzungen bewertet und untersagt. Die Bodenreform bleibt rechtsgültig und wie der kleine Überblick beweist: demokratisch.

In den Westzonen und in der BRD fand bisher keine demokratische Bodenreform statt.

G.Nau

Einladung

der **Basisorganisation**
Halle-Neustadt Süd

Termin:

Mittwoch, 11. August 2010, 19 Uhr,
Leitung: Dr. Werner Müller

Thema:

**Der 1. Entwurf des Wahlprogrammes
der Partei DIE LINKE für die Land-
tagswahlen in Sachsen-Anhalt am
20. März 2011.**

Referent:

Dr. Uwe-Volkmar Köck
Landtagsabgeordneter

Ort:

Wahlkreisbüro **DIE LINKE**

06122 Halle-Neustadt,

Ernst-Haeckel-Weg 5

Alle interessierten GenossInnen und
SympathisantInnen sind herzlich zu dieser
öffentlichen Versammlung eingeladen

Legenden und Erkenntnisse

Ein Kommentar von Klaus Lederer zur Wahl des Bundespräsidenten

Sozialdemokraten und Grüne sind sich einig: DIE LINKE habe bei der Wahl des Bundespräsidenten eine große politische Chance verpasst. Es hätte doch so schön werden können. Ein rotrotgrünes Bündnis setzt einen Bundespräsidenten Joachim Gauck durch, stürzt damit die schwarz-gelbe Bundesregierung in eine schwere Krise, erzwingt möglicherweise Neuwahlen, ebnet den Weg für ein linksökologisches Bündnis vielleicht sogar mit Beteiligung der Linken... Das alles aber habe DIE LINKE mit ihrer sturen Anti Gauck Haltung versemelt. Unfähig, über ihren Schatten zu springen, habe sie letztlich Christian Wulff ins Amt gebracht.

Die Legende verkauft sich gut. Sie wird von Gabriel und Trittin gestreut und von fast allen Journalisten übernommen. Sie ist eingängig, bestätigt liebevoll Vorurteile über halsstarrige Linke. Und ist doch grundfalsch. Die Journalistin Bettina Gaus fasst in der taz vom Freitag den rotgrünen Irrtum richtig zusammen: »Joachim Gauck nicht gewählt zu haben, war seitens der Linken kein Unfug, sondern eine Konsequenz, die sich zwingend aus den jeweiligen Standpunkten ergab. Außenpolitisch und sozialpolitisch könnten die Gräben tiefer nicht sein. Wer angesichts dessen meint, aus der Ablehnung von Gauck ein ungeklärtes Verhältnis zur Stasi ableiten zu können, argumentiert entweder demagogisch oder zeigt, dass er Inhalte in der Politik für bedeutungslos hält und ihn allein die koalitionäre Farbenlehre interessiert. Im Hinblick auf einen möglichen Regierungswechsel stimmt das nicht hoffnungsvoll. Für das Prinzip Beliebigkeit werden Neuwahlen nicht gebraucht.«

Hinzu kommt: Die drei Wahlgänge für Wulff, das trostlose Bild von

schwarz-gelb, die Kalamitäten, in die Frau Merkel geraten ist, gehen entscheidend auf DIE LINKE zurück. Nur weil DIE LINKE eine eigene Kandidatin aufgestellt hatte, nur weil sie ihre Ablehnung des Kandidaten Gauck deutlich signalisierte, haben sich 44 Wahlfrauen und -männer überhaupt getraut, ihrem Unmut über die Kanzlerin durch Stimmabgabe für Gauck Ausdruck zu verleihen. Wenn es ungefährlich und ohne Konsequenzen ist, trauen sich auch CDUlerInnen und FDPlerInnen, den Helden zu geben. Im dritten Wahlgang, als die einfache Mehrheit reichte, es also riskant war, wurden die Mutigen wieder vernünftig und bescherten Herrn Wulff eine absolute Mehrheit, so dass das Stimmverhalten der LINKEN für den Ausgang der Wahl unerheblich war.

Neben der Zerrüttung der schwarz-gelben Koalition bleibt nach diesem Tag aber auch die Erkenntnis: der

Weg zu anderen politischen Mehrheiten in diesem Land ist noch ein sehr weiter. Das betrifft nicht nur die gemeinsamen Inhalte, auf die sich ein rotrotgrünes Bündnis noch verständigen und für die es Rückhalt in der Bevölkerung gewinnen muss. Dafür müsste auch eine andere Kultur im Umgang miteinander entstehen, die die jeweiligen Sichtweisen respektiert, statt denunziert, und längerfristige Gemeinsamkeiten sucht, statt auf den tagespolitischen Punktsieg im parteipolitischen Wettbewerb zu setzen. Spätestens an dieser Stelle gilt es für DIE LINKE, auch das eigene Agieren an dem einen oder anderen Punkt, und nicht beschränkt auf diesen Tag, zu überdenken.

Das Spektakel, das an diesem Tag von der Opposition geboten wurde, dürfte die Attraktivität eines solchen Bündnisses bei den Menschen außerhalb des Saales kaum gesteigert haben.

LINKER MEDIENTAG Sachsen-Anhalt

11. September 2010, 9.30 Uhr - 16.30 Uhr

Forschungs- und Entwicklungs-Zentrum
Magdeburg, Breitscheidstr. 51

Weitere Informationen über:

Klaus Czernitzki,
LAG Rote Reporter
Tel.: 0151-550 39779
E-Mail:

rotreporter-boerde@t-online.de

Peggy Krößmann,
Büro für Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 0391-7324850
E-Mail:

oea@dielinke-lsa.de

Hinweis:

In der Villa Kobe, Kunsthalle in unserer Stadt, präsentiert die „Plattform 09“ ihre Werke, die ihren Anspruch auf zeitgenössisch Politisches erhebt. Es wird weniger Erbauliches, aber eher Herausforderes gezeigt.

Die Plattform 09 wurde von den Künstlern Christine Bergmann, Klaus F. Messerschmidt und Knut Mueller hier in Halle gegründet. Die Künstlergruppe will in ihrer Art auf die Konflikte in unserer gegenwärtigen Welt hindeuten. Die Schau ist bis zum **15. August in der Villa Kobe, Philipp-Müller-Str. 65**, zu sehen. Sie ist geöffnet donnerstags bis sonntags von 14-19 Uhr.

Buchtipps + Neuerscheinungen +

Der „brave Schüler“ Ottokar

Wenn Otto Häuser die Geschichten vom braven Schüler selbst vorträgt, dann wird Ottokar ganz lebendig. Verschmitzt fragt er das Fräulein Bella Kohl, ob die Mittelgebirge nicht auch über sich hinauswachsen sollten, spricht den Brieffreund Aljoscha mit russischem Akzent und erklärt ihm, warum seine Schwester nicht Langohrzippe heißt, obwohl sie doch eine sehr schöne Schwester ist, verkündet den Tag der Wahrheit und bringt das Publikum zum Lachen

Ottokar Domma „Geschichten vom braven Schüler“, ISBN 978-3-359-02287-9, Audio CD, eulenspiegelverlag, Preis 9,95 Euro.

Hans Modrow

Hans Modrow galt als Erneuerer und Hoffnungsträger. Nach der Deutschen Einheit saß er für die PDS als Abgeordneter im Bundestag und im Europaparlament. Die Journalistin Gabriele Oertel hat lange Interviews mit dem 82-Jährigen geführt, der es auch nach über sechs Jahrzehnten Politik nicht lassen kann, sich einzumischen. Und den mit Blick auf die Wendezeit vor allem bewegt, „dass wir zwanzig Jahre danach immer noch Schwierigkeiten haben, diese Zeit mit der Reife zu betrachten, die sie uns eigentlich abfordert“.

Gabriele Oertel, „Hans Modrow - Sagen, was ist“, ISBN 978-3-360-02101-4, Das Neue Berlin. 240 Seiten, 12,5 x 21,0 cm mit Bildteil, gebunden, erscheint September 2010, Preis 16,95 Euro.

Politische Ohrfeigen

Was passiert nicht alles fern in der Türkei! Und erst vor der eigenen Haustür! Wer kann da noch verstehen, was die Welt im Innersten zusammenhält? - muss sich Hans-Günther Pölitz gedacht haben und erklärt in einer allwöchentlichen Radio-Kolumne seinem „lieben Muttilein“, wie die Dinge laufen. Was ist von Bankenkrise oder Bundeswehreinsetzung, der Kaiserstadt Magdeburg oder der Kultursteuer, von Vergangenheitsaufarbeitung oder politischen Visionen zu halten? Da wird ausgeleitet und abgewatscht und bleibt kein Auge trocken.

Hans-Günther Pölitz „Abwatschen und Tee trinken“, Satiren, ISBN 978-3-359-02271-8, eulenspiegelverlag, 192 Seiten, 12,0 x 19,0 cm, gebunden, erscheint September 2010, Preis 12,95 Euro.

Neues für den Mindestwortschatz

Vorgestanzte Redensarten haben den Vorzug, dass die Sprecher ihre kostbare Zeit nicht mit mühseliger Denkarbeit verplempern müssen. Es ist doch so: Sobald der Mensch geboren ist, beginnt er zu denken, und er hört erst wieder auf, wenn er ans Pult tritt, um eine Rede zu halten. Was den Koryphäen aus Politik und Medienrecht, ist dem gemeinen Manne billig: Verbalmonster, Mode- und Schrumpfwörter allenthalben. Und das Amtsdeutsch: Da mutiert ein Grünstreifen zu „fußläufig begehbarem Straßenbegleitgrün“. Aber es gibt auch Beständiges, etwa den DDR-deutschen „Helden der Arbeit“, der uns heute als „Work-

aholic“ begegnet. Röhl sammelt und kommentiert, was sprachlich „voll trendy“ ist, und stellt einen „ultimativen Mindestwortschatz“ zusammen.

Ernst Röhl „Wörter-Buch der Heuchelsprache“, ISBN 978-3-359-02272-5, eulenspiegelverlag, 160 Seiten, 12,0 x 19,0 cm, gebunden, erscheint August 2010, Preis 12,95 Euro.

ÜBERLEBT!

Claas Wolfson berichtet von fahrlässigen, unachtsamen, dem Kostendruck in der medizinischen Versorgung folgenden Verordnungen von Ärzten, die ihm beinahe mehrfach das Leben kosteten, das er liebt wie andere auch. In seiner Retrospektive, genährt von Verzweiflung und Angst vor bleibenden Behinderungen, erneuten Schlaganfällen, sozialer Ausgrenzung und Einschränkungen seiner Lebensqualität, verkündet er, fortwährend in seinem Dorf befragt, kurz angebunden: „Ich lebe noch. Fahrlässigkeit, Oberflächlichkeit, auch Gleichgültigkeit in der Diagnostik mich behandelnder Ärzte sind glücklicherweise gescheitert.“

Ich habe die Behandlungsfehler bis hierher überlebt.“

Joachim Lippold „Überlebt! - Blutverdünner: Lebensretter oder Todesdroge“, AXON Verlag Querfurt, ISBN 978-3-939325-15-4, 13,5 x 21 cm; 194 Seiten, Preis: 16,80 Euro.

Alle Bücher können über den Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind, (Telefon: 5170956 oder Email: kontakt@verlag-schneidewind.de) bestellt werden.

Wird Cochstedt künftig Sachsen-Anhalt wirklich kein Geld mehr kosten?

Zu möglichen Auswirkungen der Pläne des Betreibers des Flughafens Cochstedt bemerkt der Abgeordnete Guido Henke, Mitglied des Finanzausschusses:

„Nun also kommt die Betriebsfreigabe für Cochstedt, gleich zwei Minister fühlen sich zur Übergabe berufen. Aber die Frage, ob der Flughafen Cochstedt das Land Sachsen-Anhalt künftig tatsächlich kein Geld mehr kosten wird, ist längst nicht beantwortet.

Immer vorausgesetzt, das Betreiberkonzept geht auf, dann werden vom Jahr 2011 an Fluggäste in Größenordnungen von Cochstedt aus ihre Reise beginnen oder dort beenden. Das wird in jedem Fall

Auswirkungen auf die Auslastung des Flughafens Leipzig-Halle haben. Schätzungen gehen davon aus, dass künftig bis zu 25 % des Passagieraufkommens von Leipzig-Halle in Cochstedt abgefertigt werden könnten und damit als Fluggäste in Leipzig fehlen.

Wenn dieser Fall eintritt, hat das Konsequenzen für Sachsen-Anhalt. Das Land setzt allein im Jahr 2010 14,4 Mio. Euro als Investitionszuschuss für Leipzig-Halle ein. Sollte dort die Auslastung zugunsten Cochstedts spürbar sinken, stellt sich einerseits die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines Investitionszuschusses. Andererseits kann dann sehr wohl die Not-

wendigkeit für Betriebskostenzuschüsse erwachsen, zu denen auch Sachsen-Anhalt beizutragen hätte. Was daneben noch Aufwendungen für die Infrastruktur im Umfeld des Flughafens Cochstedt anbelangt, so sind diese in derartige Berechnungen noch gar nicht einbezogen.

DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, in Sachen Flughäfen endlich eine ehrliche Bilanz auf den Tisch zu legen, anstatt der Öffentlichkeit immer wieder nur Sand in die Augen zu streuen. Denn es geht hier nicht schlechthin um Landes- oder Staatsgelder - es geht um das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Sachsens-Anhalts.“

Viele offene Fragen zum Landesentwicklungsplan

Zur Vorstellung des heute von der Landesregierung beschlossenen Landesentwicklungsplans erklärt die Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaft und Landesentwicklung Angelika Hunger:

„Ohne einer umfassenden Einschätzung, die erst in Kenntnis des vollständigen Landesentwicklungsplans (LEP) möglich sein wird, vorgreifen zu wollen, lassen die heutigen Verlautbarungen erste Bewertungen zu.

So sticht es geradezu ins Auge, dass der LEP auffällig wirtschaftslastiger erscheint. Einerseits lässt sich vermuten, dass nahezu jedes Gewerbegebiet akribisch benannt wird, andererseits bleiben Aussagen zum Schutz von Natur und Umwelt eher im Philosophischen stecken, die Ankündigungen blei-

ben nebelhaft und lassen Konkretes nicht erkennen.

DIE LINKE begrüßt, dass bei der Festlegung der Mittelzentren die von ihr unterbreiteten Vorschläge weitgehend Eingang in den LEP gefunden haben. Leider trifft das für die grundzentralen Versorgungsräume so nicht zu - DIE LINKE hat vorgeschlagen keine Grundzentren, sondern eben grundzentrale Versorgungsräume auszuweisen, mit denen die Gemeinden eigenverantwortlich über die räumliche Verteilung der öffentlichen Infrastruktur und der Angebote der Daseinsvorsorge entscheiden.

Offene Fragen bleiben darüber hinaus bei der Zielstellung der Landesregierung, auch künftig gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen Sachsens-Anhalts ermöglichen zu wollen und dies

raumordnerisch zu untersetzen. In diesem Zusammenhang unterstreicht DIE LINKE ihre Forderung, dass die zumutbaren Reisezeiten von der Haustür bis zum Ziel, wie bundesweit üblich, auch in Sachsen-Anhalt am ÖPNV und nicht am privaten PKW ausgerichtet werden müssen.

Die Landesentwicklungsplanung und insbesondere die räumliche Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt ein wesentlicher Schwerpunkt, dazu wurden umfangreiche und detaillierte Vorschläge erarbeitet, die den Maßstab für die weitere Befassung mit der Problematik bilden.“

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Schwarz-Gelb ist jetzt am Ende

Statement von Klaus Ernst, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus im Anschluss an die Beratung des Geschäftsführenden Parteivorstandes:

Guten Tag. Ich möchte mich zu drei Themen äußern. Zunächst zum Rücktritt von Ole von Beust in Hamburg. Aus unserer Sicht ist Schwarz-Gelb jetzt am Ende. Sein Rücktritt hinterlässt zwei Verlierer, Schwarz-Gelb und Schwarz-Grün:

Schwarz-Grün ist nach dem Rücktritt von Beust gefühlt am Ende. Die Vorgänge rund um den Rücktritt zeigen, dass die Vertrauensbasis unter den Koalitionären schwer gestört ist. Die Grünen stehen jetzt vor einer bundesweiten Richtungsentscheidung. Sie müssen sich jetzt entscheiden: Wollen sie weiter an der Seite der CDU kleben bleiben und sich einige Rosinen herauspicken, oder wollen sie einen Politikwechsel. Die Politik der nach allen Seiten offenen Beliebigkeit ist gescheitert. Wenn der Volksentscheid in Hamburg nicht das Ende des Kampfes für längeres gemeinsames Lernen markieren soll, dann müssen die Grünen die CDU in die Wüste schicken.

Ein Politikwechsel geht - aus unserer Sicht - nicht mit der CDU, die sich unter dem Konservativen Ahlhaus schnell von der Schulreform verabschieden wird. Die Grünen müssen jetzt schnell einen Klärungsprozess beginnen. Die Menschen wollen schließlich vor den nächsten Wahlen wissen, ob bei Grün Schwarz drin ist. Neuwahlen wären die beste Lösung für Hamburg.

Einige Worte zum Scheitern der Primarschule durch den Volksentscheid. Das bedauern wir sehr. Aber wir respektieren das Ergebnis. DIE LINKE ist die Partei, die sich immer sehr deutlich für die Abstimmung durch Bürgerinnen und Bürger selbst ausgesprochen hat. Für uns ist das nicht das Ende des Kampfes für längeres gemeinsames

Lernen. Das ist und bleibt der richtige Weg. Im Übrigen ist das Ergebnis in Hamburg auch dem geschuldet, dass große Teile derer, die für längeres gemeinsames Lernen eingetreten sind, gar nicht mitstimmen durften. Das sind zum Beispiel Migrantinnen und Migranten, die bei dieser Frage nicht abstimmungsberechtigt waren, den ein anderes Ergebnis aber zu Gute gekommen wäre.

Längeres gemeinsames Lernen bleibt unser Kernthema auch in den kommenden Wahlkämpfen - zum Beispiel in Sachsen-Anhalt und Bremen. Das längere gemeinsame Lernen bleibt unsere Messlatte für die Bildungspolitik in den Ländern. Zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, wo bald ähnliche Richtungsentscheidungen anstehen.

Ein bundespolitisches Wort auch dazu: Es zeigt sich immer mehr, dass SPD und CDU/CSU bei der Föderalismusreform einen schweren Fehler gemacht haben, als sie die Bildungspolitik komplett in Länderhand gegeben haben und den Bund durch das Kooperationsverbot ausgeschlossen haben. Wir müssen etwas gegen den Flickenteppich in der Bildungslandschaft tun. Bundesweite Standards wären auch nicht viel mehr als der Anschluss an europäische Normalität.

Zweites Thema ist Nordrhein-Westfalen: In Nordrhein-Westfalen ist in der letzten Woche die Abwahl von Schwarz-Gelb geglückt. Das freut uns natürlich sehr. Es muss an dieser Stelle daran erinnert werden, wem Frau Kraft es zu verdanken hat, dass sie heute Ministerpräsidentin ist. Rot-Grün hat den Machtwechsel nicht aus eigener Kraft geschafft, sondern weil die Linke ihre Zusagen eingehalten hat und sich im zweiten Wahlgang geschlos-

sen enthalten hat. Höflich erzogene Menschen würden in so einer Situation wenigstens mal Danke sagen. Es ist mehr als ungezogen, dass die SPD-Führung von dieser Tatsache jetzt ablenken will, indem sie uns Etiketten wie „unberechenbar“, „fundamentaloppositionell“, „gespalten“ an den Hals hängt. So entsteht kein Vertrauen.

Fakt ist: Frau Kraft ist dank unserer Geschlossenheit und Zuverlässigkeit Ministerpräsidentin geworden. Wie lange sie das bleibt, hängt von ihr selbst ab. Es liegt in ihrer Hand, ob sie drei oder zwei Parteien als Opposition gegen sich hat. Unsere Hand für eine Kooperation bleibt ausgestreckt. Wenn Frau Kraft ihre Regierung stabilisieren will, dann sollte sie diese Hand ergreifen. Sie wäre gut beraten, ihre Gesetzgebungsvorhaben vorab mit uns zu beraten, anstatt jedes Mal neu nach Mehrheiten zu suchen. Das ist keine neue Qualität der Demokratie. Das sind chaotische Verhältnisse, die niemand wollen kann.

Dies auch zur Klarstellung unserer Forderung, dass die Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz in NRW eingestellt werden soll. Das ist kein Junktim: Es geht um eine Selbstverständlichkeit. Man kann nicht bei einer Partei gleichzeitig um Stimmen für die demokratische Gesetzgebung werben, wenn man sie gleichzeitig durch den Geheimdienst beobachten lässt. Entweder wir sind Verfassungsfeinde, oder wir sind Partner für die Verabschiedung verfassungsgemäßer Gesetze. Das ist ein Widerspruch, auf den ich hinweisen möchte. Wir fordern ein Ende der Unkultur, dass der Verfassungsschutz für politische Zwecke instrumentalisiert wird.

Ein Wort zu Herrn Gabriel und sei-

nen nicht abreißen Beschimpfungen gegen unsere Partei: Ich kann Herrn Gabriel nur raten, endlich im Fünf-Parteien-Systems anzukommen. Es wird ihm nicht gelingen, die Linke weg- oder kaputt zu reden. Die SPD muss ihr Verhältnis zur Linken endlich entkrampfen, wenn sie strategisch aus der Defensive heraus kommen will. Es ist eine Tragik, dass dieses Land keine Regierungschefin hat, die führt, aber leider eben auch keinen Oppositionsführer, der die Gegenkräfte eint. Herr Gabriel spaltet sie eher. Herr Gabriel ist im Moment die Lebensversicherung von Frau Merkel. Würde er die Opposition einigen, hätte er eine Chance, seiner Rolle gerecht zu werden und politische Veränderungen einzuleiten.

Ich verlange von der SPD eine Klärung ihres Verhältnisses zur Linken. Das betrifft mehrere Fragen: Wem steht die SPD näher? Den Sozialabbauparteien CDU, CSU und FDP oder der Linken. Sozialabbau oder Politikwechsel lautet diese Richtungsentscheidung. Ist die SPD bereit, in einer rot-roten Regierung einen linken Ministerpräsidenten zu wählen, wenn die Linke die stärkere Kraft ist, wie es demokratische Spielregel ist?

Wie ist die Haltung der SPD zu einer Minderheitsregierung im Bund? Kalkuliert sie dieses Abenteuer in ihre Überlegungen ein, wie Parteichef Gabriel sagt, oder ist das „Quatsch“, wie Fraktionschef Steinmeier sagt?

Ist die SPD bereit, in wichtigen Fragen eine gemeinsame Haltung der Oppositionsparteien zu befördern, um Schwarz-Gelb auf Kernfeldern Niederlagen beizubringen? Zu einem letzten Thema: Gesundheitspolitik und was DIE LINKE vorhat. Die letzte der obigen Fragen wird bereits im Herbst sehr konkret. Der schwarz-gelbe Gesundheitskompromiss liegt auf

dem Tisch. Er bedeutet im Wesentlichen: die Versicherten müssen sofort erhebliche Mehrbelastungen tragen und sollen künftig alle Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein tragen. Die nach oben offenen Zusatzbeiträge sind eine Kopfpauschale durch die Hintertür. Der Beitrag der Arbeitnehmer steigt auf 8,2 Prozent, rechnet man die möglichen Zusatzbeiträge von 2 Prozent hinzu, ist man bei möglichen 10 Prozent Beitrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Sozialausgleich ist ein bürokratisches Monstrum, das Millionen unverschuldet zu Bittstellern des Staates macht.

Wir haben sehr einfache kurz- und langfristige Alternativen. Kurzfristig stellen wir gegen den schwarz-gelben Gesundheitskompromiss unsere Forderung nach einer Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge. Wenn auch die Arbeitgeber einen Beitragssatz von 7,9 Prozent statt jetzt 7,0 Prozent zahlen müssten, dann brächte das dauerhaft knapp 10 Milliarden Euro jährliche Mehreinnahmen für die Krankenkassen. Wenn das nicht ausreicht, um die Defizite zu decken, dann sollte es ein Sonderopfer der Arbeitgeber, also einen zeitlich befristeten Zusatzbeitrag geben, den die Arbeitgeber allein tragen.

Langfristig wollen wir die Krankenkassen durch die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung auf stabile finanzielle Füße stellen. Die funktioniert nach einem einfa-

chen Prinzip. Alle sind versichert. Alle - also auch Beamte, Bundestagsabgeordnete, Manager und Millionäre - zahlen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, also ihres Einkommens ein und erhalten eine zahlungsfreie und verlässliche medizinische Versorgung.

Wir wollen die Gesundheitspolitik zu einem Aktionsschwerpunkt im Sommer und im Herbst machen. Wir haben unsere Positionen in einem Positionspapier zusammen gefasst und machen damit ein Diskussionsangebot, das sich an unsere eigenen Mitglieder und Aktiven, aber ausdrücklich auch an alle anderen Parteien und Verbände richtet. Wir stehen zu unserem Vorschlag: mit einem breiten Bündnis für soziale Gerechtigkeit im Gesundheitswesen kann es uns gelingen, die schwarz-gelben Pläne zu stoppen.

Wir werden im Sommer mit ersten Aktionen gegen die schwarz-gelben Gesundheitspläne unter dem Motto „Gesundheit ist keine Ware“ beginnen. Jetzt ist die Zeit der Aufklärung und Mobilisierung. Unsere Aktiven werden mit Plakaten vor Krankenhäusern, Arztpraxen und Gesundheitszentren präsent sein und auf die Menschen zugehen, um sie über die dramatischen Folgen der schwarz-gelben Pläne und unsere Alternativen aufzuklären. Das ist erst der Beginn der Aktionen. Im Herbst muss sich die Regierung auf massive Proteste einstellen, an denen sich DIE LINKE beteiligen wird.

Nachruf

Die Basisorganisation Riebeckplatz/Hofjäger trauert
um die

Genossin Brigitte Möller

10.02.1932 - 16.07.2010

Wir werden ihr Andenken in Ehren bewahren.

Die Basisorganisation Vogelweide gratuliert

Genn. Ruth Hruschka zum 81. Geburtstag.

Die Basisorganisation Trotha gratuliert 

Gen. Horst Schneider zum 80.

Genn. Anni Möchel zum 90. Geburtstag.

Die Basisorganisation Silberhöhe gratuliert

Gen. Gert Donat zum 57.

Gen. Günter Böhlert zum 64. Geburtstag.

Die Basisorganisation Am Tallinn gratuliert

Genn. Paula Stollberg zum 80.

Genn. Elfriede Palme zum 82. Geburtstag. 

Die Basisorganisation 136 gratuliert

Genn. Helga Jahrmarkt zum 68. Geburtstag.

DIE LINKE.queer

Treffen DIE LINKE. queer Sachsen-Anhalt

Zum nächsten Treffen des Netzwerkes
DIE LINKE. queer Sachsen-Anhalt sind für
**Mittwoch, den 04. August 2010
um 18.30 Uhr**

Mitglieder und SympathisantInnen der Partei
DIE LINKE in das

**Begegnungs- und Beratungszentrum
„lebensart“ in Halle (Beesener Straße 6)**
herzlich eingeladen.

Inhaltlich stehen folgende Punkte zur Diskussion:
Christopher Street Day in Magdeburg 21.8. und
Halle 11.9.

(Verständigung zu den CSD-Forderungen; Präsenz der LINKEN)

Vor den Landtagswahlen am 20. März 2011

(Landtagswahlprogramm, Wahlkampf)

Weitere Vorhaben und Aktivitäten vor und nach
der Landtagswahl

Wer am 4. August nicht nach Halle kommen kann,
aber einer Vernetzung interessiert ist, melde sich
bitte über die unten stehende Anschrift oder bei
Ants Kiel (Ants.Kiel@web.de), um in den Verteiler
aufgenommen zu werden.

Netzwerk DIE LINKE. queer Sachsen-Anhalt
c/o DIE LINKE. Stadtverband Halle (Saale)
Blumenstraße 16, 06108 Halle

Termine Termine Termine

- 4. August** Beratung der Basisvertreter
18 Uhr, Blumenstraße 16
Beratung des Stadtvorstandes
19:30 Uhr, Blumenstraße 16
- 9. August** Basisorganisation Neustadt-West
18 Uhr, Bürgerladen
„Falladaweg“
- 10. August** Basisverband Halle-Nord
16:30 Uhr, Blumenstraße 16
- 11. August** BO Riebeckplatz/Hofjäger
17 Uhr, Basistreffen, Kartoffel-
haus, Phillip-Müller-Str. 44
- 14. August** Klausurberatung des
Stadtvorstandes
- 14. August** **15-19 Uhr**, Peißnitz, Fontänefest
- 16. August** Fraktionssitzung,
17 Uhr, Tech. Rathaus; Raum 542
- 20-22. August** Sachsen-Anhalt Tag,
Weißenfels

Das "Linke Blatt" im Sommer:
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
ist der 19. August.
Erscheinungstag ist der 24. August.

- 1. September** Beratung der Basisvertreter
18 Uhr, Blumenstraße 16
Beratung des Stadtvorstandes
19:30 Uhr, Blumenstraße 16
- 13. September** Basisorganisation Neustadt-West
18 Uhr, Bürgerladen
„Falladaweg“
- 15. September** Beratung des Stadtvorstandes
19 Uhr, Blumenstraße 16
- 25. September** Stadtparteitag
Beginn **10 Uhr**

Veranstaltung anlässlich der Ermordung
Ernst Thälmanns
15. August 2010, 10.00 Uhr
am Thälmann-Denkmal
in der Voßstraße in Halle
Hauptredner: Dieter Rolle
(Vorsitzender der Kommunistischen
Partei Deutschlands)